

Neue Ideen für Kyoto II

NOZ
16.02.
2006

Massarrat zieht Linie vom Klimaschutz zu Kriegsgefahr

Osnabrück de Professor Dr. Mohssen Massarrat ist Lehrender an der Universität Osnabrück im Fachbereich Politikwissenschaften. Im März vergangenen Jahres hielt er auf dem Kongress „Conference on Emissions Market“ in Barcelona einen Vortrag, in dem er seine Theorien für eine mögliche Fortschreibung des Kyoto-Protokolls vorstellte.

Herr Massarrat, Klimaexperten prophezeien uns weit reichende Klimaveränderungen, wenn wir unsere Kohlenstoffdioxidemission nicht einschränken. Warum sollte man ihnen glauben?
Massarrat: Weil 95 Prozent der Klimaexperten sagen, dass es in den nächsten Jahrzehnten zu erheblichen Ungleichgewichten im Klimasystem kommen wird. Dabei ist empirisch nachgewiesen, dass diese Veränderungen nicht natürlich sind, sondern vom Menschen verursacht wurden. Handeln wir nicht, wird es zu unkontrollierten Krisen, zu dramatischen sozialen Veränderungen und sogar zu Kriegen kommen.

Das Kyoto-Protokoll war deshalb für viele ein Meilenstein der Klimapolitik, für andere jedoch bloß ein Tropfen auf den heißen Stein. Welcher Meinung schließen Sie sich an?

Massarrat: Auf der einen Seite ist das Klimaprotokoll ein Meilenstein, da es ein globales Regime geschaffen hat. Auf der anderen Seite ist die konkrete Wirkung der Vereinbarung, die Kohlenstoffdioxidemission zu senken, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Problem dieses Protokolls ist es, dass es von relativ niedrigen Energiepreisen ausgeht, die bei 20 bis 30 Dollar pro Barrel liegen. Die momentane

Steigerung der Energiepreise auf Grund von Ressourcen-Knappheit bieten jetzt jedoch eine neue Grundlage für eine wirksamere Klimaschutzstrategie.

Inwiefern?

Massarrat: Die bisherige Klimapolitik hat sich ausschließlich an den Energieverbraucherstaaten orientiert. Auch die Mechanismen wie der Emissionshandel setzten am Ende der Energieproduktionskette



KLIMAPOLITIK sollte nicht beim Verbraucher, sondern beim Produzenten ansetzen, sagt Mohssen Massarrat.

an. Die Klimaprobleme entstanden aber auch deshalb, weil fossile Energien erst produziert wurden. Eine Fortschreibung des Kyoto-Protokolls nach 2012 könnte also so aussehen, dass den Produzenten eine globale klimagerechte Fördermenge für alle fossilen Energien vorgeschrieben wird. Die Klimaziele werden also durch die Produktion vorgegeben, so dass die bisherigen kostenintensiven Mechanismen auf der Verbraucherseite wegfallen. Als positive Folge werden langfristig die Kosten für erneuerbare Energien sinken, da hier lediglich Arbeits- und Technologiekosten und

nicht, wie bei fossilen Energien, Knappheitskosten anfallen. Wind, Sonne und Verbrennung von Biomasse sind also Alternativen für die Zukunft.

Wie können Schwellen- und Entwicklungsländer, deren Industrien weiter wachsen sollen, in den Prozess einbezogen werden?

Massarrat: Für diese Länder muss ein Fonds eingerichtet werden, über den die Transformation der Energiesysteme von fossilen zu erneuerbaren Energien gefördert wird. Zur Finanzierung dürfte ein Teil der auf rund 272 Milliarden Euro geschätzten Mittel ausreichen, die die OECD-Staaten gegenwärtig jedes Jahr zur Subventionierung der konventionellen fossilen und nuklearen Energietechnologien ausgeben.

Was bringt jedoch ein Protokoll, wenn der größte Verursacher von Treibhausgasen, die USA, nicht beitreten?

Massarrat: Man kann kein Land zwingen, doch die USA können sich auf Dauer diesem Prozess nicht entziehen. Die Wirkung der Regulierung würde sonst verpuffen, und andere Staaten wären nicht bereit, die Kosten für eine Umweltpolitik zu tragen, von der andere als Trittbrettfahrer profitieren. Würden die USA also nicht beitreten, wäre ein solches globales Instrument wirkungslos. Wenn das Anbietermodell in Kyoto II die Handlungsgrundlage sein sollte, wäre der Beitritt der USA umso wichtiger, da das Land über 19 Prozent der gesamten fossilen Energieträger der Welt – außer Öl vor allem Kohle und Sandöle – verfügt und damit jedes global verpflichtende Regulierungsmodell torpedieren könnte.

SÜDWEST PRESSE EU als Hilfssheriff

Dienstag, 14. Februar 2006

Schuld am Atomstreit ist nicht allein der Iran, sondern auch die EU, sagt Mohssen Massarrat, Politik-Professor an der Universität Osnabrück. Die Europäer hätten bei ihren Verhandlungen eklatante Fehler gemacht und sich zu sehr auf die Seite der USA gestellt.

KAREN EMLER

■ *Der UN-Sicherheitsrat wird sich voraussichtlich mit dem Atomstreit befassen. Wie bewerten Sie das?*

MOHSEN MASSARRAT: Das ist eine neue Eskalationsstufe, bei der letztlich die USA als Hauptakteur auftreten. Diese werden mit Sanktionen gegen den Iran eine Entwicklung von Aktion und Reaktion in Gang setzen, an deren Ende höchstwahrscheinlich ein Krieg steht. Damit glauben die USA und andere Länder auch, die islamische Regierung stürzen zu können, um dann mit Hilfe eines ihr hörigen Regimes die vollständige Kontrolle über Öl- und Gasressourcen im Mittleren Osten zu erhalten.

■ *Hat die Europäische Union das Heft zu früh aus der Hand gegeben?*

MASSARRAT: Das war nicht nur zu früh. Europa hat sich seit einem Jahr zum Hilfssheriff der USA degradieren lassen. Außenministerin Condoleezza Rice und neokonservativen US-Strategen ist es dieses Mal gelungen, im Gegensatz zum Irakkrieg einen breiten Konsens für ihre Politik zu erreichen, weit über Europa hinaus. Ein Konsens, der unabdingbar ist für den nächsten Schritt: einen Angriff auf den Iran.

■ *Was hat Europa falsch gemacht?*

MASSARRAT: Europa hätte das Sicherheitsdilemma des Iran ernst nehmen müssen. Der Iran sieht sich als regionale Mittelmacht unmittelbar an seinen Grenzen von US-Militärpräsenz umgeben. Rein aus der Abschreckungslogik fühlt sich der Iran auch von den israelischen Atomwaffen bedroht.

■ *Darauf ging die EU nicht ein?*

MASSARRAT: Die EU hat das systematisch vernachlässigt und dem Iran einseitig auferlegt, auf die Urananreicherung und damit auf die Option zum Bau von Atomwaffen zu verzichten. Zudem hat sich die EU in den Verhandlungen von vornherein in das Schlepptau der USA begeben und eine Drohkulisse aufgebaut: „Entweder Ihr akzeptiert das, oder es droht Krieg mit den USA.“

■ *Worauf hätte der Iran reagiert?*

MASSARRAT: Auf das Inaussichtstellen einer Konferenz für regionale Si-

cherheit mit seinen Nachbarstaaten und einschließlich Israels. Das hätte dem Iran eine neue Perspektive eröffnet und die Chance, ein neues Wettrüsten zu verhindern.

■ *Russland bietet dem Iran Urananreicherung auf russischem Boden an. Ist das eine Option?*

MASSARRAT: Nein, das würde nur bedeuten, dass sich der Iran von einer anderen Macht abhängig und, wie wir am Beispiel der Ukraine sehen konnten, erpressbar macht.

■ *Wie ist die Beweislage für Atomwaffenpläne des Iran? Der US-Geheimdienst CIA berichtete ja von einem Laptop mit angeblichen iranischen Bauplänen.*

MASSARRAT: Solche Behauptungen, die die Massenmedien als Wahrheit verbreiten, häufen sich. Sie sind Teil der psychologischen Kriegsvorbereitung der USA – wie vor dem Irak-Krieg. Mögliche Pläne des Iran können nur durch das Ziel einer atomwaffenfreien Zone verhindert werden.



Mohssen Massarrat: Der Iran leidet unter einem Sicherheitsdilemma.

■ *Was würde geschehen, wenn es zum Krieg gegen den Iran käme?*

MASSARRAT: Die USA würden vermutlich mit Israel den Iran angreifen – mit Luftschlägen gegen atomare, militärische und industrielle Anlagen. Womöglich würden europäische Staaten dabei helfen. Wie sich Deutschland verhält, wissen wir nicht. Die Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel werden aber immer martialischer.

■ *Wäre der Iran isoliert?*

MASSARRAT: Auf keinen Fall. Präsident Ahmadinedschad bereitet mit seinen antizionistischen Verbalattacken seinen Präventivkrieg vor. All diese Menschen, die jetzt gegen die Mohammed-Karikaturen demonstrieren, kämen wieder, und viele von ihnen bewaffnet.

■ *Sehen Sie noch einen Ausweg?*

MASSARRAT: Die unheilige Allianz zwischen den militärisch handelnden USA und dem moralisch legitimierenden Europa muss durchbrochen werden. Zum Beispiel, indem die Bundesregierung jetzt klar sagt, dass Deutschland einen Krieg gegen den Iran grundsätzlich ausschließt und sich auf keinen Fall daran beteiligt.